Dresdner Volkszeitung

Scheckkonto: Leipzig. Konto-Korrent-Konto Nr. 29611.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8.00 M. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Weinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Weinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7gespaltene Nonpareillezeile 80 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 3gespaltene Reklamezeile 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Beschaffenheit 20 Pf.

Nr. 287 | Dresden, Freitag den 12. Dezember 1919 | 30. Jahrg.

Die Antwort nach Paris

Die deutsche Note

Berlin, 12. Dezember. Die deutsche Antwortnote ist gestern nach Paris geschickt worden, nachdem der Gedankengang im Kabinettsrat gebilligt worden war. Sie dürfte heute abend durch den Gesandten v. Lersner dem Vertreter des Obersten Rates, Herrn Dutasta, übergeben werden. Die Note betont den Wunsch der deutschen Regierung, den Frieden baldigst in Kraft treten zu lassen, und ihre aufrichtige Bereitwilligkeit, zur Beschleunigung der Schlußratifikation beizutragen. Es wird ferner gesagt, daß es sich empfehlen dürfte, vor der Ratifikation eine Verständigung über die Frage der Entschädigung für Scapa Flow herbeizuführen, und daß die deutsche Regierung zu diesem Zwecke eine Kommission nach Paris senden werde. Diese Kommission ist nun gebildet worden; es ist eine Fachkommission, an der Sachverständige aus Hamburger Reederkreisen teilnehmen.

Der Heimat entgegen

Berlin, 11. Dezember. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit:

32 Zivilgefangene aus Australien trafen am 10. d. M. mit dem Dampfer Valencia in Rotterdam ein. Ein weiterer Transport von 33 Personen aus Australien kommt mit dem Dampfer Rubin, dessen Landung in Rotterdam am gleichen Tage erwartet wurde. Mit 60 Zivilheimkehrern aus Trinidad und 31 Kriegsgefangenen von der Besatzung der Recklenburg landete am 6. d. M. der Dampfer Oranje-Nassau in Amsterdam. Die Ankunft des Dampfers Windhuk, der 458 Heimkehrer aus Südwestafrika an Bord hat, wird am 13. Dezember in Rotterdam zu erwarten. Die Zahl der Heimkehrer aus Vorderindien, die der am 9. d. M. aus Bombay abgefahrene Dampfer Main mitbringt, wird noch bekanntgegeben.

Westpreußens Hauptstadt

Danzig, 12. Dezember. Der zukünftige polnische Oberpräsident von Westpreußen, Wojewode von Pomerelle, Herr von Laszewski, hat seinen Wohnsitz in Thorn, der zukünftigen Provinzialhauptstadt, genommen. Die zukünftige politische Provinzialverwaltung und das bisherige Unterkommissariat für Westpreußen sind gleichfalls von Danzig nach Thorn übergesiedelt.

Rückkehr aus dem Baltikum

Königsberg, 11. Dezember. Die deutsche Legion hat Bortocki in Stärke von etwa 5000 Mann erreicht. Die Spitzen der Eisernen Division haben bei Bajohren, Goriki und Bechaiten in Gesamtstärke von etwa 6400 Mann die deutsche Grenze überschritten. Die Bahnlinie bis Bortocki ist an die Litauer übergeben worden. Die Letten besetzten die Strecke Libau—Studai. General Nissel hat ausdrücklich zugesagt, daß die lettischen Truppen auch nach Durchführung der Räumung nach dem 13. Dezember die ostpreußische Grenze nirgends überschreiten würden.

Der schimpfende Pfarrer Rump

Der Preußenbund, eine Organisation entpreußischer Leute, hatte dieser Tage in Berlin eine Versammlung, in der natürlich weidlich auf die Regierung geschimpft wurde. Dabei trat unter anderm der aus dem Marlohprozeß bekannte Pfarrer Rump auf. Nach dem vorliegenden Berichte führte er aus:

„Früher galt es als ehrlendig, einen Ehrenhandel unter vier Augen auszutragen. Heute wird man auf öffentlichem Wege vor seiner Frau wie von Straßendirnen überfallen. Die Autorität ist geschwunden, jene wundervolle Unterordnung. Ich gehe noch gern vor dem prachtvollen alten königlichen Berliner Schutzmann strammer, weil er für Schutz und Ordnung sorgt. Als Autorität haben wir jetzt Fritze Ebert als Präsident und Noske als Justizmann von Ebert. Früher galt es als höchste Würde des Mannes, den Königsrock zu tragen. Heute trinkt der Reichswehrminister Noske Bier aus Bullenkognak bei Sklarz. Eine Generalreinigung ist nötig mit preußischem Besen, von preußischer Hand geführt. Heute schießen wir nach Ebert, morgen noch Scheidemann, übermorgen noch der Friedrich und schließlich auch Theodor Wolff. Die landfremden Elemente, die wir unseren Leichen nicht Butter und Butter bezahlen, müssen aus Deutschland heraus. Dieser Gesinnungsschnüffler jener Untersuchungsausschüsse, der heute abend sagt, will ich gar nicht sagen, kann sperren sie auch heute abend noch ein ... Auf den Schweinen des Proletariats muß das deutsche Kaisertum von Hohenzollern wiederkommen. Mein Stamm kam aus Süddeutschland. Mehr will ich nicht sagen! Wir wollen Hindenburg als Reichspräsidenten. Das weitere leicht er schon machen ... Ich grüße die Mann in Anerkennung, der mein Kaiser bleibt. Ich stehe auch unbeirrt zu unserem Kronprinzen." (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

In dem Kopfe des Pfarrers Rump scheint es recht wirr auszusehen. Man kann den Mann nicht ernst nehmen. Wäre der Herr Pfarrer nicht ein besinnungsloser Schwätzer, so würde er nach den Erfahrungen, die er im Falle Marloh gemacht hat, seinen Mund halten. Er hatte in dem Marlohprozeß wahrlich genug Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, wie viel sittliche Fäulnis bei Leuten zu finden ist, die durchaus Repräsentanten des alten Systems sind.

Amerikas Bergarbeiterausstand

Aller Augen in Amerika sind, wie den Londoner Times aus Neuyork berichtet wird, auf Indianapolis gerichtet, wo die Führer der Grubenarbeiter den Vorschlag zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks erwägen. Der Vorschlag enthält, daß die Grubenarbeiter 14 Prozent Lohnzuschlag erhalten und sofort an die Arbeit gehen sollen. Eine gemischte Kommission soll die Forderungen betreffend höherer Löhne prüfen. Diese Kommission soll binnen 60 Tagen Bericht erstatten. Sie wird aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeiter und Vertretern des Volkes bestehen. Die Grubenarbeiter haben gestern ihre erste Tagung abgehalten. Aber es wurde keine Uebereinstimmung infolge der Opposition der Radikalen erzielt, die den Streik bis zum äußersten fortsetzen wollen. Lewis und seine Anhänger jedoch sind für die Annahme des Vorschlages des Präsidenten. Die allgemeine Meinung ist, daß sie der Opposition widerstehen können.

Nach einer andern Meldung aus Washington ist der Ausschuß der Bergarbeiter vertagt worden, ohne zu einem Beschlusse über Wilsons Vorschlag über die Beilegung des Streiks gekommen zu sein.

Clemenceau in England

London, 12. Dezember. Clemenceau ist nach London gereist, um dort mit Lloyd George und Scialoja zu konferieren. Nach einer Radiomeldung messen die Pariser Blätter der Konferenz große Bedeutung bei und meinen, daß im Vordergrund der Besprechung die Beratungen über einen Militärverband zwischen Frankreich, England und Italien stehen. Man hofft noch, daß Italien seine Genehmigung einem solchen Verband geben werde. Man rechnet darauf, daß Clemenceau gegen den Antrag ist, die Friedenskonferenz von Paris nach London zu verlegen.

Paris, 11. Dezember. Pertinax bestätigt sich im Echo de Paris mit der Abreise der Amerikaner und mit der Reise Clemenceaus nach London und sagt, es genüge zu wissen, daß sich zwischen England und Frankreich ein Gefühl der engeren Solidarität lebhafter denn je geltend mache. Mit Amerika allerdings sei die Aufgabe schwieriger. Saint-Brice im Journal stellt fest, daß man die verschiedensten Möglichkeiten ins Auge gefaßt habe, die Amerikaner festzuhalten. Jetzt sei jede Hoffnung nach dieser Richtung geschwunden. Es sei kein Grund dafür vorhanden, die alten Methoden zu ändern.

Gegen den Gewaltfrieden

Der römische Gesandtenbericht des Secolo macht für die heutigen Schwierigkeiten der Versailler Frieden und die Lockerung des Vierverbandes verantwortlich. Die Rettung könne nur durch eine territoriale Wiederherstellung Europas auf Grund des Nationalitätenprinzips sowie durch Beseitigung jeder Gewaltherrschaft, durch Abrüstung und Völkerbund erfolgen. Statt den Regierungen müßten die Völker auf diesem Wege vorangehen.

Der Pariser Korrespondent des Corriere della Sera glaubt feststellen zu können, daß sich der Oberste Rat über die Gefahr klar sei, die deutschen Reaktionäre durch allzu straffes Spannen des Bogens zu begünstigen. Der Rat sei daher zu Milderungen geneigt. Pariser und Londoner Drahtungen des Secolo lassen den Gedanken der französischen und englischen Auffassung über das Ultimatum an Deutschland erkennen.

Ueber den Ministerrat wird berichtet, daß bezüglich Fiumes entgegen allen Gerüchten nichts erreicht sei und daß die Verhandlungen fortdauern.

Es dämmert!

Innerhalb der Unabhängigen Partei besteht nicht allenthalben Freude über den Verlauf und die Ergebnisse der Leipziger Tagung. Rudolf Hilferding, der auf dem verflossenen Parteitag der U. S. P. eine besonnenere Richtung tapfer, aber ohne Erfolg vertrat, macht in der Freiheit aus seinem Mißvergnügen kein Hehl. Er wendet sich, wenn auch vorsichtig und in theoretischer Verbrämung, gegen den Revolutionarismus, der sich an Schlagworten genug sein läßt. Nun ist es zwar das Wirken der Freiheit mit gewesen, das in den Köpfen der Usis die Neigung zum Phrasentum gesteigert hat, doch, wenn jetzt die besonneneren unabhängigen Elemente vor diesem Phrasentum zurückschrecken, so ist das eine Selbstkritik und Selbsterkenntnis, die man vielleicht als ein Zeichen der Besserung werten darf.

Hilferding unterzieht die taktischen Probleme der neuorientierten U. S. P. einer Prüfung und findet, daß der Parteitag „weder zur gegenwärtigen politischen Lage, noch zur künftigen politischen Tätigkeit" Stellung genommen habe, weil die Gedankenrichtung der U. S. P. zu sehr in der Auffassung befangen sei, „daß wir in der „vorrevolutionären" Periode leben und der „Entscheidungskampf" nicht mehr lange auf sich warten lassen könne". Das sei falsch. Dem Sozialismus stünde heute die Macht seiner Gegner wieder geschlossener und stärker gegenüber als im November 1918. An einen bewaffneten Aufstand heute zu denken, sei Wahnsinn. Das sei auch entscheidend für die Frage der Behauptung der Macht. Hilferding schreibt darüber:

> Wie stünde es heute um die Behauptung der Macht? Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß heute die ländliche Bevölkerung einer revolutionären Regierung den äußersten Widerstand entgegensetzen würde. Die Lebensmittelzufuhr würde stocken. Gewaltanwendung würde nicht viel nützen, selbst wenn sie, da die Landbevölkerung bewaffnet ist, möglich wäre. Wir müßten mit einer Agrarkrise rechnen, mit der ungeheuren Schwierigkeit, die städtische Bevölkerung zu ernähren. Dazu käme der Widerstand der bürgerlichen, nichtsozialistischen Schichten, der namentlich in den Provinzstädten großen Umfang annehmen und die Fortführung der industriellen Produktion außerordentlich erschweren würde. Zur Agrar- würde eine Industriekrise kommen, die noch gesteigert würde durch die Blockade der kapitalistischen Staaten und durch die Sperrung der Kredite der ausländischen Kapitalisten.
>
> Das alles würde aber die Widerstände gegen die revolutionäre Regierung automatisch steigern und zu schweren Verwicklungen führen, die die industrielle Produktion vollends lähmen müßten. Das könnte ein überwiegendes Industrieland nicht aushalten; auch Kreise, die ursprünglich der neuen Regierung indifferent oder wohlwollend gegenüberstanden, würden ihr jetzt entgegentreten: der Abfall würde schließlich auch auf die Arbeiterschaft übergreifen und zum Sturz der Regierung führen.

Das sind Erwägungen, die sicher sehr unangenehm sind, nicht nur denen, die meinen, es gelte nur zu stürmen, alles übrige werde sich schon finden. Auch wir sagen das alles nicht ohne ein Gefühl schmerzlicher Erschütterung. Auch wir haben am 9. November gehofft, daß die Stunde des Sozialismus geschlagen hat, und gerade wir wollten Sozialismus und nicht nur Demokratie. Aber wenn man erkannt hat, daß die Entwicklung seit dem 9. November politisch und ökonomisch das Proletariat geschwächt, die Bedingungen für einen Sieg verändert hat und jetzt den Zwang auferlegt, die Feste des Kapitalismus durch mühevolle und konsequente Belagerung zur Kapitulation zu zwingen und nicht im vergeblichen Sturm seine Kraft aufzureiben, dann ist es Pflicht, rücksichtslos diese Bedenken auszusprechen, um das Proletariat vor verhängnisvoller Niederlage zu bewahren.

Hilferding vergißt in diesen Darlegungen nur eins nämlich: es ist das Proletariat selbst, das sich geschwächt hat! Und die Unabhängigen haben bei dieser Schwächung mit geleistet, was sie konnten! Bei den Putschen des Januar in Berlin und den nachfolgenden in andern Orten Deutschlands haben sie den Kommunisten willig Schleppenträgerdienste geleistet, haben sie die Mehrheitssozialdemokratie gezwungen, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, zur Verhinderung bolschewistischer Anarchie angeworbene Soldaten und Offiziere zu einer Reichswehr zusammenzuschließen, die heute nicht gerade als unbedingter Hüter des Sozialismus gelten kann.

In andern Punkten charakterisiert der Redakteur der Freiheit die Situation richtig: Die Widerstände der Bauernschaft gegen revolutionäre Umwandlungen, der Widerstand industrieller Kreise, die Möglichkeiten der Blokade und Sperrung ausländischer Kredite und die vollständige industrielle Lähmung, die damit verbunden wäre — alle diese Gefahren erschweren heute den sozialdemokratischen Regierungen eine energische sozialistische Politik. Nur die Einigung des gesamten Proletariats könnte ein entsprechendes Gegengewicht gegen diese Widerstände sein. Aber diese Einigung scheitert daran, daß die besonneneren Elemente wie Hilferding in ihrer Partei sehr vereinsamt stehen, wie der Leipziger Parteitag mit seinem Bekenntnis zur kommunistischen Rätediktatur beweist.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191212/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG